



Zerörterer Tankwagen nach dem Selbstmordanschlag in Mussajib: „Der Konfessionskrieg hat begonnen“

ALAA AL-MARJANI / AP

IRAK

Die Saat des Bösen

Sunnitische Selbstmordkommandos richten unter den Schiiten Blutbäder an, die das Land allmählich in den Bürgerkrieg zwingen. Anstatt zum demokratischen Lichtblick für die ganze Region zu werden, droht der Zerfall: Alle Volksgruppen suchen nach größerer Eigenständigkeit.

Es sind etwa 80 gewesen seit Ende April – jeden Tag einer. Sie wähen sich auf dem Weg ins Paradies, doch ihr letzter Gang auf Erden ist voller Heimtücke.

„Ihr seid so dämlich“, fing ein junger Mann vor dem alten Stadtflughafen von Bagdad an, arbeitslose Gleichaltrige aufzumischen. „Dort am Eingang stehen die Wachleute, kassieren ihr Bakschisch – und ihr steht hier draußen in der Sonne rum und merkt nicht einmal, wie man euch betrügt.“

Dann wartete er ruhig ab, bis sich die aufgebrauchte Menge vor dem Eingang zum Rekrutierungsbüro der irakischen Polizei drängte, einem engen Gang zwischen meterhohen Betonbarrieren. Er schlenderte hinüber, zwängte sich zwischen den Barrieren hindurch und detonierte seinen Sprengstoffgürtel. 25 Menschen starben.

Der gestohlene Tanklastler des Ölministeriums, der ein paar Tage später im Zentrum der Stadt Mussajib, eine halbe Autostunde südlich von Bagdad, explodieren sollte, war bereits seit geraumer Zeit direkt vor der Moschee geparkt. Doch erst kurz nach acht Uhr abends, als die Hitze des Tages endlich nachließ, als im Basar die Geschäfte aufmachten und die Gläubigen zum Abendgebet strömten, kletterte der Attentäter unter den Gas-Tank und jagte sich in die Luft. 98 Menschen kamen ums Leben.

Der Mann, der wie in Trance vor einem Friedhof in Neu-Bagdad herumstand, trug eine Sprengstoffweste, deren Taschen er überdies mit aufgebrochenen Kugellagern gefüllt hatte. Polizisten entdeckten ihn und nahmen ihn fest, bevor er Schaden anrichten konnte. Der Attentäter hatte auf den

Trauerzug mit den Särgen jener Kinder gewartet, die drei Tage zuvor bei einem Selbstmordanschlag umgebracht worden waren. Der Mann, ein gebürtiger Libyer, war mit Beruhigungsmitteln vollgepumpt. Er ließ sich widerstandslos abführen.

Das alltägliche Morden im Irak gerät außer Kontrolle, der Blutzoll wird unerträglich. Die unterschiedslose Schlächterei von Politikern und religiösen Würdenträgern, von Kindern und Alten habe die Dimension einer „Massenvernichtung“ angenommen, beschied Großajatollah Ali al-Sistani, der Irak steuere auf einen „Völkermord“ zu.

Der greise Führer der irakischen Schia, der seine Glaubensbrüder bisher immer wieder zur Besonnenheit mahnte, neigt nicht zur Übertreibung. Er hat gewichtige Gründe für seinen dramatischen Appell:

Tausende Zivilisten, Soldaten und Polizisten sind im ersten Halbjahr bereits gewalt-
sam ums Leben gekommen. Hinter der All-
gegenwart des Todes sei kein Muster zu
erkennen, meinte der Innenminister. Es
gäbe keinen Plan hinter dem wahllosen
Terror.

Und dieser Bürgerkrieg, der längst be-
gonnen hat, schreckt nicht nur die Ein-
wohner Bagdads, denen er den Alltag zur
Hölle macht. Er schreckt genauso gut den
amerikanischen Präsidenten, der seinen
Platz in der Ge-
schichte gefährdet

menprall der verfeindeten muslimischen
Brüder.

Noch tobt in Bagdad der offene Häu-
serkampf nicht, der vor 30 Jahren die
libanesischen Hauptstadt Beirut in den
Abgrund riss. Doch das babylonische
Menetekel steht unverkennbar an die
Wand geschrieben. Denn der Konflikt
zwischen Sunniten und Schiiten, der
täglich neue Opfer fordert, entbrennt
vor allem in solchen Stadtvierteln,
in denen schiitische und sunnitische
Bevölkerung der Fünf-Millionen-
Metropole Bagdad bislang über-



wiegend friedlich miteinander gelebt
haben.

Fünfmal in den vergangenen vier Wo-
chen wurden beispielsweise im Amari-
Viertel entlang der Straße zum Flughafen
einfache Leute umgebracht, die nicht das
Geringste mit dem Aufbau des neuen Irak
zu tun hatten. Das waren Rachemorde,
die den Hass unter den Glaubensgemein-
schaften weiter schüren. Zuerst wurde ein
sunnitische Obsthändler entführt, an-
schließend ein schiitische Apotheker er-
schossen, dann ein Sunnit, der einen Eis-
salon betrieb, danach verschwand zwei
schiitische Straßenhändler. Die Leichen der
Entführten fanden sich Tage später, auf
einem Müllhaufen deponiert.

„Nie zuvor bin ich so niedergeschlagen
in die Ferien gegangen“, sagt der Grund-
schullehrer Mohammed Salih, 30. „Selbst
meine Schüler fangen an, sich gegenseitig
als Sunniten und Schiiten zu beschimpfen.
Die Saat des Bösen ist gelegt, sie reift mit
jedem Tag.“

„Es sieht nach Bürgerkrieg aus“, sagt auch
Aiham al-Samarrai, der vergangene Woche
zu Gesprächen in Washington eintraf. Der
Energieminister der im April abgelösten
Übergangsregierung hat viele Freunde in
der Bush-Regierung, und er gilt als einer der
wenigen, dessen Kontakte zu einzelnen
Gruppen Aufständischer verlässlich sind. Ih-
nen gehe es vor allem darum, sagt Samarrai,
den durch die Wahlen legitimierten schiiti-
schen Einfluss zurückzudrängen.

Die wichtigsten islamischen Dschihad-
Gruppen haben Samarrai in einem förmlichen
Schreiben als Vermittler nominiert. Er soll
ihre Forderungen an die Besatzungsmächte
weiterleiten. Die von Sarkawi geführte
„Qaida im Zweistromland“ gehört
ausdrücklich nicht dazu.

Denn Sarkawi aus seinem Umfeld her-
auszulösen, das aus ehemaligen Saddam-
Anhängern, arbeitslosen Militärs, arabi-
schen Nationalisten, frustrierten Stammes-
führern und einfachen Kriminellen besteht,
ist das erklärte Ziel der Regierungen in
Bagdad und Washington. Gelänge es, die
enttäuschten Iraker – Amerikaner nennen sie
„POI“, „Pissed off Iraqis“ – zu besänftigen,
stünden die Chancen für eine gewisse
Befriedung des Landes nicht schlecht, glau-



Irakischer Soldat bei einer Fahrzeugkontrolle in Bagdad: „Bewaffnete Vorschüler“

Doch diese Behauptung übersieht das
Unübersehbare: Die Opfer der Selbstmord-
anschläge sind fast ausschließlich Schiiten,
die mit etwa 60 Prozent die Mehrheit der
Bevölkerung stellen.

Die Hintermänner des Terrors, allen
voran der Qaida-Führer Abu Mussab al-
Sarkawi, sind dagegen Sunniten. Sie wol-
len den Bürgerkrieg anzetteln – der zum
völligen Zusammenbruch des ethnisch
wie religiös zersplitterten Landes führen
würde.

sieht. Das Auseinanderbrechen des Irak
nach einem langen blutigen Bürgerkrieg
wäre das genaue Gegenteil jener demo-
kratisch-friedlichen und prosperierenden
Entwicklung, die George W. Bush dem
Land und der Region durch sein militäri-
sches Eingreifen beschern wollte.

Deshalb vermeidet die US-Regierung,
deren 139 000 Besatzungssoldaten bei wei-
tem nicht ausreichen, Sicherheit und
Ordnung zu garantieren, einstweilen das
Wort vom Konfessionskrieg, vom Zusam-



Trauernde Sunniten nach einem Anschlag auf drei Glaubensbrüder in Bagdad: „Extreme Grausamkeit“

ben Washingtons Terrorexperten. Bisher scheren sich Sarkawis Kämpfer wenig um die Sympathie der Iraker. Vor allem die ausländischen Terroristen werden als Invasoren empfunden.

Die Aufständischen spalten? Die Zeit arbeitet eher für die Terroristen und ihren Plan, das Land vollends ins Chaos zu stürzen.

Auf mehr als 50 Grad stiegen vergangene Woche die Temperaturen in Bagdad; gleichzeitig erlebte die Stadt, was selbst in den Nachkriegsmonaten bisher selten der Fall war: den simultanen Zusammenbruch der drei wichtigsten Versorgungssysteme.

Ein Anschlag auf die zentrale Öl-Pipeline nördlich von Bagdad unterbrach die Stromproduktion, Benzin und Diesel wurden knapp. In der extremen Hitze verschärfte sich die schon seit Wochen andauernde Wassermisere; die brackige Flüssigkeit, die in Bagdad aus den Hähnen tröpfelt, ist ungenießbar. Zu allem Überfluss konnte das hauptstädtische Stromnetz seinen Kunden nur noch für vier Stunden Energie liefern – abschnittsweise über den Tag verteilt.

Die Frustration der Iraker richtet sich vor allem gegen die Regierung von Premier Ibrahim al-Dschaafari, die seit ihrem Antritt im April weder die Versorgung der Bevölkerung verbessert hat noch die katastrophale Sicherheitslage mildern konnte.

Seit Monaten klagen US-Militärs, dass die irakische Polizei und Armee-Einheiten

nicht annähernd in der Lage sind, das Land zu befrieden. Nun ist diese Ansicht amtlich. In einem am Donnerstag bekannt gewordenen US-Bericht räumt das Pentagon ein, dass die Hälfte der 93 800 irakischen Polizisten kaum über ihre Grundausbildung hinausgelangt ist und für reguläre Einsätze nicht in Frage kommt.

Die andere Hälfte sowie zwei Drittel der 78 800 neuen Soldaten seien nur in Zusammenarbeit mit der US-Armee „teilweise einsatzfähig“. Bleiben rechnerisch etwa 26 000 Soldaten für den selbständigen Kampf gegen den Terror – das sind etwa 6000 mehr als die 20 000 Aufständischen, von denen Washington derzeit ausgeht. Nur 3 von insgesamt 107 Armee- und Polizeibataillonen seien tatsächlich in der Lage, „unabhängig Operationen zu planen, durchzuführen und aufrechtzuerhalten“, sagt der Bericht.

Was das konkret bedeutet, erfahren die US-Ausbilder täglich in den drei zentralen Trainingslagern. Dort brüllen die Rekruten mit derselben Begeisterung „Irak! Irak! Irak!“, mit der sie früher „Saddam! Saddam! Saddam!“ gebrüllt haben. Von US-Standards sind die Sicherheitskräfte aber auch nach dieser Ausbildung weit entfernt. Als „bewaffnete Vorschüler“ verhöhnen die GIs ihre neuen Waffenbrüder.

Seit in der Nähe von Bagdad eine irakische Einheit nach einer Razzia vergaß, ei-

nen Gefangenen mitzunehmen, und Posten an Straßensperren ein Nickerchen hielten, sind nun allenthalben amerikanische Aufpasser im Einsatz. Als besonders ärgerliche Angewohnheit gilt den Amerikanern, dass die Iraker während ihrer Patrouillen einkaufen gehen oder sich vor Einsätzen mit Psychopharmaka beruhigen.

Zivile ausländische Investoren, um deren Unterstützung die irakische Regierung vergangene Woche auf Konferenzen in Amman und in München warb, halten sich noch weitgehend zurück. Die Sicherheitslage, so die Klage der eingeladenen Unternehmer auf beiden Veranstaltungen, lasse einen geordneten Wiederaufbau einstellen nicht zu.

Was Investoren blühen kann, die sich ernsthaft im Nachkriegs-Irak engagieren, weiß der ägyptische Telefonmagnat Nagib Sawiris zu berichten. Sein Unternehmen erhielt 2003 von der US-Zivilverwaltung die Lizenz für das erste zentralirakische Mobilfunknetz. Irakna („Unser Irak“) deckt Bagdad und das sunnitische Dreieck ab, es hat eine Million Teilnehmer und erwirtschaftete im ersten Quartal dieses Jahres immerhin 63 Millionen Dollar.

Doch viele Irakna-Kunden klagen über die schlechte Qualität des Netzes, die auch auf den häufigen Einsatz von Störsendern der Amerikaner bei ihren Einsätzen zu-

rückgeht. Von den Aufständischen wird das Unternehmen als Amerika-freundlich geschmäht und gleichzeitig von der irakischen Regierung beschuldigt, den Terroristen die Kommunikation zu erleichtern.

„Die Arbeit im Irak ist extrem schwierig“, sagt Sawiris. „Es gibt keine ausländischen Experten, die freiwillig in den Irak gehen, und Sie finden keine zuverlässigen Subunternehmer vor Ort.“ Nur 400 Techniker und Administratoren beschäftigt die Firma derzeit im Irak – aber 1200 Mann sind als Leibwächter und Objektschützer eingestellt.

Die Gewissheit, eine schwache Regierung, eine hilflose Polizei und eine überforderte Besatzungsarmee zum Gegner zu haben, motiviert die Aufständischen stets aufs Neue. Der „Baum der irakischen Freiheit“ werde mit Blut gewässert, warnte Premier Dschaafari und bereitete die Iraker damit auf weitere absehbare Gewaltzyklen in den kommenden Monaten vor: Mitte August will das Parlament eine neue Verfassung verabschieden, im Oktober soll darüber ein Referendum gehalten und im Dezember eine neue Regierung gewählt werden.

Die Taktik der Gewalttäter konzentrierte sich inzwischen ganz auf den Krieg der Konfessionen, sagt der Politologe Nabil Mohammed von der Universität Bagdad. Und das Kalkül der Täter scheint aufzuge-

mal al-Din Ghureifi nieder, einen der höchsten Repräsentanten von Großajattollah Ali al-Sistani. Noch am selben Nachmittag drangen Kidnapper in eine sunnitische Moschee desselben Viertels ein und entführten den Sunnitenediger Amr al-Tikriti.

„Der Konfessionskrieg hat begonnen“, stellte der Imam Dschalal al-Din Saghir am Freitag darauf in seiner Predigt fest und mahnte zur Zurückhaltung. „Das Ziel ist, die Schiiten in einen Bürgerkrieg hineinzuzwingen. Wenn diese Katastrophe eintritt, ist alles verloren.“

Der Abgeordnete Chudeir al-Chusai von der größten Schiitenpartei hingegen rief bereits zur Selbstjustiz auf: „Wir stehen am Rand eines Abgrunds, der uns alle verschlingen könnte. Wir haben das Recht, uns selbst zu verteidigen.“

Doch inzwischen klagen auch Sunniten über die gezielten Angriffe auf ihre Glaubensbrüder. Die Schiiten, so lautet ihr Vorwurf, schlugen vor allem mit Milizionären ihrer Badr-Brigaden zurück, die eigentlich längst aufgelöst sein müssten, in Wahrheit aber den Kern des regierungseigenen Sicherheitsapparats bilden.

Anhaltspunkte für „extreme Grausamkeit“, so der britische „Observer“, gibt es wirklich. Die Leichen unter Terrorverdacht festgenommener Sunniten wurden verstümmelt und von schwerer Folter ge-

Offiziellen liegen Belege über die Folterpraxis irakischer Einheiten vor.

Generalmajor Mohammed Kureischi, der legendäre Kommandeur der Wolf-Brigade, erfreut sich indes der persönlichen Wertschätzung von Ministerpräsident Dschaafari. Der Regierungschef würdigt ihn als den „wahren Helden im Kampf gegen den Terror“.

Unter dem Zeitdruck, bis Mitte August eine neue Verfassung vorzulegen, stemmen sich Politiker aller Seiten gegen den Bürgerkrieg. Doch damit begeben sie sich in Lebensgefahr. Vorigen Dienstag wurden Midschbil Sheich Issa und Dhamin Hussein Ubeidi umgebracht, zwei der 25 Sunnitenfürher, die sich bereit erklärt hatten, dem Verfassungskonvent beizutreten.

Gleichwohl beginnt das einstige Reich Saddams, der sich vorige Woche bei einer im Fernsehen gezeigten Gerichtsanhörung durch weinerliche Beschwerden blamierte, in seine Bestandteile zu zerfallen. Im Norden wie im Süden des Landes mehren sich die Stimmen, die auf eine Abspaltung ihrer vergleichsweise friedlichen Provinzen drängen. Anders als früher freunden sich inzwischen auch die ersten zentralirakischen Sunniten mit dieser Idee an.

Schon der Umstand, dass man einen Kurden wie ihn zum Staatspräsidenten gemacht habe, sagt Dschalal Talabani, zeugt von der Unteilbarkeit des Irak. Doch Saedi Barsandschi, einer der engsten Berater seines Rivalen Massud Barsani, ist anderer Ansicht: „Was immer die offizielle kurdische Haltung sein mag – unser historisches Ziel ist ein unabhängiger kurdischer Nationalstaat.“

Derzeit ist Barsandschi Mitglied der irakischen Nationalversammlung und leitet die kurdische Gruppe im Verfassungskonvent. Vorigen Mittwoch legte er dem Gremium eine Landkarte vor, die den ethnischen Konflikt nur noch weiter anheizen kann. Die Karte dokumentiert Gebietsansprüche, die sich über Hunderte Kilometer südlich der gegenwärtigen kurdischen Autonomiezone erstrecken. Sie reichen bis zur Stadt Dschassan, etwa 100 Kilometer südöstlich von Bagdad.

Die Führung des kurdischen Nordirak hat das Arabische, aber auch fast alle anderen Hinweise auf die irakische Identität des Landes weitgehend zurückgedrängt. Nun wollten sie auch die arabische Bevölkerung vertreiben, werfen ihnen die nichtkurdischen Einwohner in der Erdölstadt Kirkuk vor. Nicht ohne Grund: Die Kurden bestehen auf der Rück siedlung ihrer etwa 300 000 von Saddam aus der Region Kirkuk vertriebenen Landsleute.

Die Kurden-Vertreter haben in der irakischen Übergangsverfassung einen starken Hebel verankern können, der ihre 1991 gewonnene Autonomie weiterhin garantiert: Artikel 61 legt fest, dass Zweidrittelmehrheiten in 3 der 18 irakischen Provinzen ausreichen, eine endgültige Verfassung



Schiitische Demonstranten: Anschläge auf Würdenträger und Politiker

hen. In Basra, in Bagdad, in den gemischt besiedelten Gebieten südlich und nordöstlich der Hauptstadt gibt es inzwischen nicht nur Selbstmordanschläge, sondern gezielte Anschläge auf sunnitische wie schiitische Würdenträger und Politiker, die oft nur Stunden später mit Morden der Gegenseite beantwortet werden.

Anfang Juli schoss ein Killertrupp auf der Haifa-Straße in Bagdad Scheich Ka-

zeichnet an ihre Angehörigen zurückgegeben. Einheiten der sogenannten Wolf-Brigade, einer Elitetruppe des Innenministeriums, unterhielten geheime Folterzentren, in denen sie wie einst Saddams sadistische Kommandos der Menschenschinderei nachgingen.

„Ja, diese Dinge passieren“, gab Regierungssprecher Leith Kubba unumwunden zu. Auch britischen und amerikanischen

Täglicher Höllenritt

Ein deutscher Spediteur macht im Irak trotz Terrors gute Geschäfte.

Ans erste Mal kann sich Joachim Donath gut erinnern. Es war kurz vor Weihnachten, und der Geschäftsführer der Siegener Spedition M.G. International Transports fuhr gerade ins Büro, als ihn die Nachricht erreichte: „Mr. Donath, we lost two people and two trucks“, meldete übers Satellitentelefon sein Mitarbeiter Mohammed aus Bagdad. Auf dem Weg von der syrischen Grenzstation Tanf in die irakische Hauptstadt waren zwei 30-Tonner samt Fahrer verschwunden. „Da hatte der Terror auch uns erwischt.“

Das Schicksal von Fahrer und Ladung ist auch acht Monate später noch ungeklärt. Donaths „Scouts“, seine einheimischen Fährten-sucher und Routenplaner, konnten die Spur der Lastwagen zwar bis in die Region um Rutba verfolgen, dann aber seien sie verschwunden.

Und die beiden Fahrer? Es war ihr erster Job für Donath, und er schließt nicht aus, dass sie mit den Straßenräubern paktierten. Die Laster transportierten Kühlaggregate für die Milchfabrik in Bagdad im Wert von gut einer halben Million Dollar. Für Kriminelle springt da ein Vielfaches des Fahrer-Salärs – 100 Dollar am Tag – heraus.

Rückschläge gehören für Donath, 52, zum Geschäft. 20 Millionen Euro Umsatz macht er mit Irak-Transporten, zählt zu den Spitzenverdienern unter einer Hand voll deutscher Spediteure, die sich noch ins Land trauen. „Der Höllenritt ist für uns fast Routine geworden.“

Bis zu zehn Fahrzeuge privater Sicherheitsdienste begleiten oft die Lastwagen, sobald sie die irakische Grenze passiert haben. Amerikanische, russische oder südafrikanische Ex-Militärs sichern manchmal auf den Ladeflächen hinter aufgefanzten Maschinengewehren Ware und Menschen. Aber davon hält Donath wenig: zu teuer und im Zweifelsfall eher eine Attraktion für Aufständische.

Trafo-Anlieferung in Bagdad
„Auslösegeld“ einkalkuliert

Nur wenn es unbedingt sein muss, weil der Transport etwa über das Aufbau-programm USAid finanziert wird, lässt er Scherbewachung mitfahren. So werden mit hochgerüsteten Begleitern gerade 30 Transformatoren aus dem türkischen Mersin nach Bagdad gebracht.

Mehr als martialischem Gehabe vertraut der Spediteur aus dem Westfälischen seinen Scouts. Sie scheinen Gefahr zu wittern, begleiten als Späher die Lastwagen. Mit den irakischen Truckern legen sie die Routen fest, entscheiden sich dabei oft für einen anderen Pfad als die hochgerüsteten Konvois – und fahren gut damit, meistens.

Zweimal sind die Scouts allerdings in Fallen getappt. Quergestellte Wagen stoppten die Laster, sie durften erst nach Zahlung von 1500 Dollar pro Fahrzeug weiterfahren. Für 10 000 Dollar „Auslösegeld“ je Transportauftrag sorgt Donath vor.

Und daneben gibt es dann ja auch noch die „Bakschisch-Kasse“, die etwa das Passieren wilder Straßenpatrouillen erleichtert.

Als heikelste Mission sieht der Siegener Spediteur ausgerechnet Lieferungen für die „Grüne Zone“ in Bagdad an, das massiv geschützte Regierungsviertel am Tigris: „Die Gegend ist nur sicher, wenn man drin ist.“ Bei den langwierigen Kontrollen an den Checkpoints seien die Transporter ideale Ziele für Terroristen: „Warten bedeutet Gefahr.“

DIETER BEDNARZ



Spediteur Donath
Erfolg mit Spähern



abzulehnen. Doch diese Klausel, die ursprünglich nur auf die Kurden-Provinzen Arbil, Suleimaniya und Dahuk zielte, wird inzwischen auch im mehrheitlich schiitischen Südirak und im Sunnitendreieck als politische Waffe verstanden.

„Wir wollen das zentralistische System zerstören, welches das ganze Land an die Hauptstadt bindet“, sagt Bakr al-Jassin, Vorsitzender des Regierungsrates von Basra. Nach dem Vorbild von irakisch Kurdistan strebt er eine autonome Region Südirak an, die aus den Provinzen Basra, Dhi Kar und Meissan bestehen soll – einem Gebiet, das über einen Großteil der irakischen Erdölreserven verfügt. Sein wichtigster Bündnispartner ist Vizepremier Ahmed Tschalabi, der ehemalige Protegé des Pentagon, dessen Familie aus Nassirija stammt.

Jassin wie Tschalabi gelten als säkulare Schiiten. Profitieren könnten von ihrem Autonomieplan jedoch vor allem die religiösen Schiitenparteien und ihre Milizen, die schon heute den Südirak beherrschen und beste Beziehungen zum schiitischen Nachbarstaat Iran pflegen. Bislang traten ihre Führer vehement für einen einheitlichen Zentralstaat „von der türkischen bis zur kuweitischen Grenze“ ein. Inzwischen weicht diese Haltung auf: Wenn der Süden autonom werden wolle, so müsse man das dem Volk überlassen, erklärten übereinstimmend Großajatollah Sistani und sein junger Rivale Mukkada al-Sadr.

Doch Artikel 61 eröffnet nicht nur Kurden und Schiiten den Weg zur Autonomie. Der stehe auch ihnen offen, erklärte Faisal al-Kud, Gouverneur der am heftigsten umkämpften Provinz Anbar. Schon im vergangenen Mai beriet er sich, weitgehend unbeobachtet, mit seinen Kollegen aus Mossul und Tikrit, Saddams Heimatstadt. Ihre drei Provinzen sind ethnisch und religiös weniger homogen als der Norden und der Süden des Landes. Doch für eine qualifizierte sunnitische Mehrheit nach Artikel 61 könnte es wohl reichen.

Kurdistan, Schiistan, Sunnistan – bleibt noch die Frage, welches Schicksal in einem derart auseinander brechenden Irak die

Fünf-Millionen-Stadt Bagdad nähme, in der keine der drei Gruppen eine eindeutige Mehrheit stellt.

Wayne White war führender Irak-Experte im US-Außenministerium. Jetzt arbeitet er in einem Washingtoner Think Tank. Er verweist auf das düstere historische Vorbild Beirut. Wenn es nicht umgehend gelinge, das Leben der Iraker zu verbessern und den Terror zu isolieren, würde der Kampf um die Vorherrschaft in der Hauptstadt ausgefochten werden – mit Massenvertreibungen?

Und wer behält am Ende die Oberhand? „Ein Gewinner steht noch nicht fest“, sagt White.

GEORG MASCOLO, BERNHARD ZAND